



Niederschrift

Gremium			
Rat			16. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Sitzungssaal, Rathaus, Hauptstraße 20, Marienheide			18.09.2007
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
10.09.2007		16:00 Uhr	19:20 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Töpfer, Uwe

Bürgermeister

Ratsmitglieder CDU

Alefelder, Stephan

CDU

Heedt, Rudolf

CDU

Kremer, Dieter

CDU

Meier, Oskar

CDU

Neumann, Henner

CDU

Peppinghaus, Yvonne

CDU

Saam, Ulrich

CDU

Sarstedt, Karen

CDU

Schneider, Ulrich

CDU

Schneider, Wilfried

CDU

Tokarski, Jörg

CDU

Ratsmitglieder SPD

Beyer, Christoph

SPD

bis 17:55 Uhr

Borner, Kurt

SPD

Fernholz, Wilfried

SPD

Kirkes, Walter

SPD

Kühnel, Andreas

SPD

Kühr, Ralph

SPD

Kühr, Rolf

SPD

Meckel, Birgit

SPD

Vetter, Anke

SPD

Wottrich, Sven

SPD

Ratsmitglieder FDP

Pilz, Stefan

FDP

Rittel, Jürgen

FDP

Ratsmitglieder UWG

Lauert, Dieter	UWG
Vach, Karl Heinz	UWG

Es fehlten:Ratsmitglieder CDU

Hüttenmeister, Monika	CDU
Liebig, Rolf	CDU
Ritter, Markus	CDU

Von der Verwaltung

Eggert, Hartwig
Himmeröder, Manfred
Krüger, Monika

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat der Gemeinde ordnungs- und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Vorstellung des neuen Rats- und Bürgerinformationssystems "Session"	
----------	--	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Töpfer Frau Birgit Bähr von der GKD Siegburg. Sie ist dort die Betreuerin für das Rats- und Bürgerinformationssystem. Frau Bähr stellt den Ratsmitgliedern das neue Verfahren vor, das ab 19. September 2007 zur Verfügung steht.

2	Grundsatzentscheidung: Prüfung der Möglichkeiten, Sanierung und Betrieb der Gesamtschule, der Sporthallen, des Hallenbades sowie der Turnhalle Jahnstraße im Rahmen eines PPP-Modells durchführen zu lassen	Drucksache Nr. BV/139/07
----------	--	------------------------------------

Ratsmitglied Pilz nimmt gemäß § 31 GO an der Behandlung dieses Tagesordnungspunkts nicht teil.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig												
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, Sanierung und Betrieb von Gesamtschule, Dreifach- und Zweifachsporthalle, Turnhalle Jahnstraße sowie Hallenbad als PPP-Projekt untersuchen zu lassen und die Ergebnisse dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind sich aus der finanziellen Situation der Gemeinde und der demographischen Entwicklung ergebende Entwicklungen einzubeziehen.</p> <p>Dazu soll die Verwaltung die erforderlichen Beraterleistungen ausschreiben mit der Vorgabe, dass der Rat nach der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung das weitere Verfahren abbrechen kann.</p> <p>Die zunächst hierfür voraussichtlich notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 40.000 € werden außerplanmäßig bereit gestellt. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde liegt hierzu vor. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch zu erwartende Einsparungen bei der Kreisumlage 2007.</p> <p>Für die Begleitung des Verfahrens wird eine Lenkungsgruppe eingerichtet, in die folgende Mitglieder des Rates entsandt werden:</p> <table border="0" style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>für die CDU</td> <td>Karen Sarstedt</td> <td>Stephan Alefelder (Vertreter)</td> </tr> <tr> <td>für die SPD</td> <td>Wilfried Fernholz</td> <td>Sven Wottrich „</td> </tr> <tr> <td>für die FDP</td> <td>Jürgen Rittel</td> <td>Stefan Viebahn „</td> </tr> <tr> <td>für die UWG</td> <td>Dieter Lauert</td> <td>Karl Heinz Vach „</td> </tr> </table>		für die CDU	Karen Sarstedt	Stephan Alefelder (Vertreter)	für die SPD	Wilfried Fernholz	Sven Wottrich „	für die FDP	Jürgen Rittel	Stefan Viebahn „	für die UWG	Dieter Lauert	Karl Heinz Vach „
für die CDU	Karen Sarstedt	Stephan Alefelder (Vertreter)											
für die SPD	Wilfried Fernholz	Sven Wottrich „											
für die FDP	Jürgen Rittel	Stefan Viebahn „											
für die UWG	Dieter Lauert	Karl Heinz Vach „											

3	Änderung der Hauptsatzung	Drucksache Nr. BV/153/07
----------	----------------------------------	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung wird beschlossen.	

4	Änderung des Stellenplans	Drucksache Nr. BV/155/07
----------	----------------------------------	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt, im Stellenplan der Gemeinde Marienheide die Wahlbeamtenstelle der Besoldungsgruppe A 14 Bundesbesoldungsge-	

setz (BBesG) für einen Beigeordneten zu streichen und die Stelle für den neuen Fachbereichsleiter von A13 h. D. nach A 14 BBesG anzuheben.

5	Festlegung der Zügigkeit der Marienheider Grundschulen	Drucksache Nr. BV/151/07
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Gem. § 46 Abs. 1 SchulG wird für die Grundschulen der Gemeinde folgender Rahmen für die Aufnahmekapazität festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Zügigkeit der GGS und der KGS Marienheide wird auf jeweils maximal drei Züge (drei Parallelklassen pro Jahrgang) festgelegt mit der Maßgabe, dass die Unterbringung auf der Basis des vorhandenen Raumangebots möglich ist. Im Zweifelsfall bestimmt sich die Zügigkeit der KGS nach ihrem Auftrag als katholische Bekenntnisschule. • Die Zügigkeit der GGS Müllenbach wird auf maximal zwei Züge (zwei Parallelklassen pro Jahrgang) festgelegt. 	

6	Beteiligung an den Kosten für das Mittagessen an Ganztagschulen	Drucksache Nr. BV/154/07
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Die Gemeinde Marienheide nimmt am Programm Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil.</p>	

7	Erlass einer Rechtsverordnung zur Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen in der Gemeinde Marienheide vom 20.07.1987	Drucksache Nr. BV/156/07
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Die Rechtsverordnung zur Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen in der Gemeinde Marienheide vom 20.07.1987 wird beschlossen.</p>	

8	Jahresrechnung 2006; Entlastung des Bürgermeisters	Drucksache Nr. BV/135/07
----------	---	------------------------------------

Die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 2006 wird von der Vorsitzenden, Ratsmitglied Frau Sarstedt, vorgetragen. Der Ausschuss empfehle, die Jahresrechnung zu beschließen und dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>1. Der Rat beschließt die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2006.</p> <p>2. Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister die Entlastung.</p>	

9	Jahresabschluss des Wasserwerkes für das Jahr 2006	Drucksache Nr. BV/074/07
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig															
<p>A) Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt gem. § 26 der Eigenbetriebsverordnung vom 16.11.2004 den Jahresabschluss 2006, der im Ergebnis wie folgt lautet:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;">Erträge:</td> <td style="width: 40%;">1.496.697,30 Euro</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>Aufwendungen:</td> <td><u>1.400.994,13 Euro</u></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Jahresgewinn:</td> <td><u>95.703,17 Euro</u></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Jahresgewinn in Höhe von 95.703,17 € soll wie folgt verwendet werden:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">1. Abführung der Eigenkapitalverzinsung an die Gemeinde Marienheide in Höhe von</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">95.100,29 Euro</td> </tr> <tr> <td>2. Zuführung zur Erneuerungsrücklage in Höhe von</td> <td style="text-align: right;">328,03 Euro</td> </tr> <tr> <td>3. Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von</td> <td style="text-align: right;">275,85 Euro</td> </tr> </table> <p>B) Dem Betriebsausschuss wird gem. § 4 c) Eigenbetriebsverordnung Entlastung erteilt.</p>		Erträge:	1.496.697,30 Euro		Aufwendungen:	<u>1.400.994,13 Euro</u>		Jahresgewinn:	<u>95.703,17 Euro</u>		1. Abführung der Eigenkapitalverzinsung an die Gemeinde Marienheide in Höhe von	95.100,29 Euro	2. Zuführung zur Erneuerungsrücklage in Höhe von	328,03 Euro	3. Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von	275,85 Euro
Erträge:	1.496.697,30 Euro															
Aufwendungen:	<u>1.400.994,13 Euro</u>															
Jahresgewinn:	<u>95.703,17 Euro</u>															
1. Abführung der Eigenkapitalverzinsung an die Gemeinde Marienheide in Höhe von	95.100,29 Euro															
2. Zuführung zur Erneuerungsrücklage in Höhe von	328,03 Euro															
3. Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von	275,85 Euro															

10	Anträge	
-----------	----------------	--

10.1	Antrag der SPD-Fraktion, die Satzung über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Marienheide zu erweitern.	Drucksache Nr. AT/144/07
-------------	--	------------------------------------

Die Stellungnahme zum Antrag wird von Herrn Himmeröder verlesen. Der Text ist dieser Niederschrift als Anlage nachgeheftet.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Dem Antrag der SPD-Fraktion wird entsprochen.	

Um 17:00 Uhr ruft Bürgermeister Töpfer die Einwohnerfragestunde auf.

Die Frage von Frau Pia Horstmann, ob die bisher durchgeführten Maßnahmen in der Abt. II der Gesamtschule zu einer Verringerung der Schimmelpilzbelastung geführt haben, kann in der Sitzung nicht beantwortet werden. Ihr wird angeboten, in der Sitzungspause mit Ratsmitglied Pilz zu sprechen, der über die Baumaßnahmen informiert ist. Für den Fall, dass die Informationen nicht ausreichen würden, soll sie sich an die Verwaltung wenden.

10.2	Antrag des Ratsmitglieds Kurt Borner, zwischen dem bestehenden Mehrzweckstreifen im Bereich der Straßeneinmündung "Hennekenbruch" und dem bestehenden Rad-/Gehweg in Herreshagen eine durchgehende Verbindung für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen	Drucksache Nr. AT/145/07
-------------	--	------------------------------------

Bürgermeister Töpfer schlägt vor, den Antrag an den Landesbetrieb Straßen NRW weiterzuleiten. Da die Flächen, um die es in dem Antrag geht, auf Gummersbacher Gebiet liegen, soll die Stadt Gummersbach eine Kopie davon erhalten.

Mit diesem Vorgehen ist der Rat der Gemeinde einverstanden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Antrag von Ratsmitglied Borner wird zuständigkeitshalber an den Landesbetrieb Straßen NRW weitergeleitet.	

10.3	Antrag des Ratsmitglieds Kurt Borner zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der L 306/B 256 zwischen der Einmündung Herreshagener Straße und Hennekenbruch	Drucksache Nr. AT/146/07
-------------	--	------------------------------------

Auch dieser Antrag soll auf Vorschlag der Verwaltung an den Landesbetrieb Straßen NRW weitergeleitet werden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Antrag von Ratsmitglied Borner wird zuständigkeitshalber an den Landesbetrieb Straßen NRW weitergeleitet.	

10.4	Antrag des Ratsmitglieds Kurt Borner zu Immissionen der Fa. Schuster Umweltdienst GmbH & Co.KG	Drucksache Nr. AT/147/07
-------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Töpfer teilt mit, dass in dieser Angelegenheit verschiedene Gespräche mit den Anliegern geführt worden seien. Diese und weitere Lärmmessungen hätten davon überzeugt, dass Abhilfe geschaffen werden müsse. Ein Beschluss zum Antrag sei daher heute entbehrlich.

10.5	Antrag der SPD-Fraktion, sich für den dringenden Ausbau von schnellen Breitbandverbindungen (DSL) im Gemeindegebiet einzusetzen	Drucksache Nr. AT/157/07
-------------	--	------------------------------------

Bürgermeister Töpfer führt aus, Nachfragen hätten ergeben, dass zurzeit noch keinerlei Beschlüsse gefasst seien, ob und wie die Förderung umgesetzt werde. In NRW koordiniere die Staatskanzlei die weiteren Abläufe. Das Ergebnis sei offen.

Welche Regionen von der möglichen Förderung profitieren würden, bleibe abzuwarten. Trotz der bekannten Unterversorgung in einzelnen Ortschaften von Marienheide gebe es landesweit größere Versorgungslücken zu berücksichtigen. Diese lägen vornehmlich in der Eifel, im Hochsauerlandkreis und am Niederrhein.

Bei der Bezirksregierung (ehem. Amt für Agrarordnung) sei man überrascht gewesen, dass die Thematik bereits bekannt sei.

Der Antrag der SPD-Fraktion könne daher zurzeit nicht abschließend beraten werden. Er schlage vor, das Programm zunächst abzuwarten und dann zu gegebener Zeit einen Antrag auf Fördermittel zu stellen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat der Gemeinde ist mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden.	

11	Anfragen	
-----------	-----------------	--

11.1	Anfrage des Ratsmitglieds Kurt Borner zur Verkehrssicherheit auf der L 196	Drucksache Nr. AN/148/07
-------------	---	------------------------------------

Die Anfrage wird von Bürgermeister Töpfer beantwortet. Der Text ist dieser Niederschrift als Anlage nachgeheftet.

12	Gemeinsame LEADER-Bewerbung der Kommunen Hückeswagen, Marienheide, Radevormwald, Wipperfürth, des Wupperverbandes und des Oberbergischen Kreises für das Regionale-Projekt "Wasserquintett"	Drucksache Nr. BV/142/07
-----------	--	------------------------------------

Grundsätzlich steht der Rat der Gemeinde der gemeinsamen LEADER-Bewerbung positiv gegenüber. Was kritisch bewertet wird, sind die damit verbundenen Kosten. Auch wird die Frage aufgeworfen, ob es sich hierbei um freiwillige oder pflichtige Aufgaben handelt.

Bürgermeister Töpfer appelliert an den Rat, heute eine für die Sache positive Entscheidung zu fällen. Diese Entscheidung dürfe nicht davon abhängig gemacht werden, was künftig einmal kommen könnte.

Wenn sich die Gemeinde Marienheide weigere, an der LEADER-Bewerbung teilzunehmen, dann sei das Projekt auch für die anderen Kommunen gestorben. Im übrigen sei der Rat immer „Herr des Verfahrens“. Denn der werde mit allen anstehenden Projekten befasst. Und wenn er das eine oder andere Projekt nicht oder anders wolle, werde es nicht oder anders umgesetzt.

Da auch der Kreis mit im Bunde sei, könne davon ausgegangen werden, dass die Aufgabe eine Pflichtaufgabe sei.

Nach kurzer Aussprache folgt der Rat der Gemeinde mehrheitlich dem Verwaltungsvorschlag. Er fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: eine Gegenstimme, zwei Stimmenthaltungen
<p>Die Gemeinde Marienheide stimmt dem gebietsbezogenen integrierten ländlichen Entwicklungskonzept der Region Wasserquintett zu und nimmt gemeinsam mit den Kommunen Hückeswagen, Radevormwald, Wipperfürth, dem Wupperverband und dem Oberbergischen Kreis an der LEADER-Bewerbung teil.</p> <p>Hierfür soll bis zum Jahr 2013 im Rahmen der Einhaltung der Kreditdeckelung und der Einplanung in den einzelnen Haushaltsjahren jährlich ein Betrag von 28.800,00 Euro als Kofinanzierungsmittel bereit gestellt werden.</p>	

13	Bebauungsplan Nr. 27 "Lingese Talsperre"; Auswirkungen der illegalen Dauerwohnnutzung in Wochenendhäusern	Drucksache Nr. BV/121/07
-----------	--	------------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind viele betroffene Anlieger anwesend.

Bürgermeister Töpfer weist darauf hin, dass es noch nicht viel Neues zu berichten gebe. Es sei aber übereinstimmender Wille von Rat und Verwaltung, den Betroffenen in dem von der Kreisverwaltung angestoßenen Thema zu helfen. Alternative Möglichkeiten zur Lösung des Problems würden derzeit geprüft.

Die Ratsmitglieder Wilfried Fernholz und Markus Ritter hätten zu einer Versammlung am 29. September 2007 ins Sängersheim Linge eingeladen. Herr Hombitzer werde bei diesem Termin die Verwaltung vertreten und über den aktuellen Stand informieren.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Die illegale Nutzung einer Vielzahl von Wochenendhäusern im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 27 „Lingese Talsperre“ als Dauerwohnsitz wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswirkungen dieser misslichen Situation im Zusammenwirken mit der Bezirksregierung Köln und der Kreisverwaltung in Gummersbach zu qualifizieren. Dieses soll geschehen unter Beteiligung eines geeigneten Fachanwaltes. Parallel hierzu sollen die möglichen finanziellen Auswirkungen für die Verbesserung der technischen Infrastruktur ermittelt werden. Unabhängig hiervon sind Initiativen zur Verbesserung des Löschwasserdargebotes zu ergreifen.</p>	

Nach diesem Tagesordnungspunkt macht der Rat eine Pause von 15 Minuten bis 18:10 Uhr.

14	9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 "Ortskern Müll- lenbach" gem. § 13 BauGB; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/119/07
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 33 „Ortskern Mülllenbach“ ein 9. Änderungsverfahren durchzuführen.	

15	10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 33 "Ortskern Müll- lenbach" gem. § 13 BauGB; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/138/07
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 33 „Ortskern Mülllenbach“ ein 10. Änderungsverfahren durchzuführen. Ziel ist die Verschiebung der Baugrenze und der Verzicht auf die Ausweisung einer Fläche für Gemeinschaftsgaragen. Da die Grundzüge der Planung hierdurch nicht berührt werden, soll dieses im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geschehen.	

16	Bebauungsplan Nr. 33 A, Teil 1 "Mülllenbach-Dorfwiese"; a) Ergebnis der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/136/07
-----------	---	------------------------------------

Zum Ergebnis zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist eine redaktionelle Änderung erforderlich. Zu T 4 hat der Bau,- Planungs- und Umweltausschuss bereits am 26.04.2007 empfohlen, die Traubenkirsche herauszunehmen, da sie kein heimischer Baum ist.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 u. 2 sowie 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beiliegenden Liste dargelegt abgewägt und beschlossen.</p> <p>b) Der Bebauungsplan Nr. 33 A, Teil 1 „Mülllenbach-Dorfwiese“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23. 09.2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit § 7</p>	

GONW in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach 2a BauGB und eine zusammenfassende Erklärung beigefügt.

17	Bebauungsplan Nr. 39 "Dannenberg", 14. Änderung; a) Ergebnis der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/140/07
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Stellungnahme, die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurde, wird wie in der bei liegenden Liste dargelegt abgewägt und beschlossen.</p> <p>b) Die 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Dannenberg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23. 09.2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der 14. Bebauungsplanänderung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach 2a BauGB und eine zusammenfassende Erklärung beigefügt.</p>	

18	Bebauungsplan Nr. 50 "Gewerbegebiet Marienheide"; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/115/07
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 50 „Gewerbegebiet Marienheide“ einen völlig neuen Aufstellungsbeschluss zu fassen. Der Geltungsbereich dieses Bauleitplanes geht aus der beigefügten Anlagekarte hervor. Der ursprüngliche Aufstellungsbeschluss vom 12.06.1979 sowie alle folgenden Modifizierungsbeschlüsse endend mit dem Ratsbeschluss zur Verkleinerung des Plangebietes vom 12.12.2006 werden gleichzeitig aufgehoben.</p>	

19	Bebauungsplan Nr. 66 "Oberwette - Im Wiesengrund"; a) Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 13.03.2007 b) Abwägung aller während des Planverfahrens eingegangener Stellungnahmen c) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verb. mit § 7 GONW	Drucksache Nr. BV/118/07
-----------	---	------------------------------------

Ratsmitglied Rolf Kühr nimmt gemäß § 31 GO an der Behandlung dieses Tagesordnungspunkts nicht teil.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Der am 13.03.2007 gefasste Satzungsbeschluss wird aufgehoben.</p> <p>b) Über alle Stellungnahmen die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 u. 2 sowie 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Auflistung dargelegt, abgewägt und beschlossen.</p> <p>c) Der Bebauungsplan Nr. 66 „Oberwette – Im Wiesengrund“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBL.I.S.2414) in Verb. mit § 7 GONW in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2 a BauBG und eine zusammenfassende Erklärung beigefügt.</p>	

20	Bebauungsplan Nr. 80 "B 256/Am Krüenberg"; a) Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 13.03.2007 b) Abwägung aller während des Planverfahrens eingegangener Stellungnahmen c) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verb. mit § 7 GONW	Drucksache Nr. BV/112/07
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Der am 13.03.2007 gefasste Satzungsbeschluss wird aufgehoben.</p> <p>b) Über alle Stellungnahmen die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 u. 2 sowie 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Auflistung dargelegt, abgewägt und beschlossen.</p> <p>c) Der Bebauungsplan Nr. 80 „B 256/Am Krüenberg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBL.I.S.2414) in Verb. mit § 7 GONW in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2 a BauBG und eine zusammenfassende Erklärung beigefügt.</p>	

21	1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 80 "B 256/Am Krüenberg"; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/117/07
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 80 „B 256/Am Krüenberg“ ein erstes Änderungs- und Erweiterungsverfahren durchzuführen. Der Geltungsbereich des Bauleitplanes geht aus der beigefügten Anlagekarte hervor.

22	Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Kotthäuserhöhe gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB; a) Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 34 Abs. 6 i. Verb. mit § 13 Abs. 2 Nrn. 2 u. 3 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/114/07
-----------	--	------------------------------------

Dieser Tagesordnungspunkt ist Anlass für eine ausführliche Diskussion, in der Ratsmitglied Borner beantragt, ihn zurückzustellen, um mit dem Eigentümer des in Rede stehenden Grundstücks zu sprechen.

Dieser Antrag wird mit 16 Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Rat beschließt sodann die Variante I.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Fünf Gegenstimmen, drei Stimmenthaltungen
Variante 1 a) Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen. b) Die Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Kotthäuserhöhe gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB wird in Verb. mit § 7 GONW in den zur Zeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.	

23	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 19.06.2007	Drucksache Nr. IV/150/07
-----------	--	------------------------------------

Ratsmitglied Vach spricht TOP 6.2 des Berichts an, in dem es um einen Antrag der UWG geht. Dieser Antrag sei gemäß einstimmigem Ratsbeschluss an den Landesbetrieb Straßen NRW weitergegeben worden. Er frage sich aber, warum der Sachbearbeiter in seinem Begleitschreiben Wertungen abgegeben habe, die ihm nicht zustehen würden.

Ratsmitglied Fernholz hält es für wichtig, sich weiterhin für die Erstellung einer Überquerungshilfe beim Landesbetrieb einzusetzen. Dies ist auch die einhellige Meinung des Rates. Die Verwaltung sagt nochmalige Kontaktaufnahme zu.

Ratsmitglied Frau Sarstedt erbittet im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Informationen zu TOP 8 des Berichts.

24	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

- **Sitzungskalender 2008**

Der Entwurf des Sitzungskalenders für das nächste Jahr ist den Fraktions- und Ausschussvorsitzenden sowie den beiden stellvertretenden Bürgermeisterinnen ausgehändigt worden. Änderungen werden bis 31. Oktober angenommen.

- **Gemeindekongress**

Den vier Fraktionsvorsitzenden sind die Unterlagen für Gemeindekongress des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes in Münster ausgehändigt worden. Interessenten sollen sich bei der Verwaltung melden, die dann die Anmeldungen vornehmen wird.

- **Parkplatzsituation Kleinbahnweg**

Ratsmitglied Schneider spricht das seit langem bekannte Problem der Parksituation hinter der Gaststätte Heier Stuben/Kleinbahnweg an und bittet darum, sich für eine entsprechende Beschilderung einzusetzen.

Die Verwaltung wird sich des Themas noch einmal annehmen.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

Uwe Töpfer
Bürgermeister

Beate Klette